

Können wir uns Leinach noch leisten?

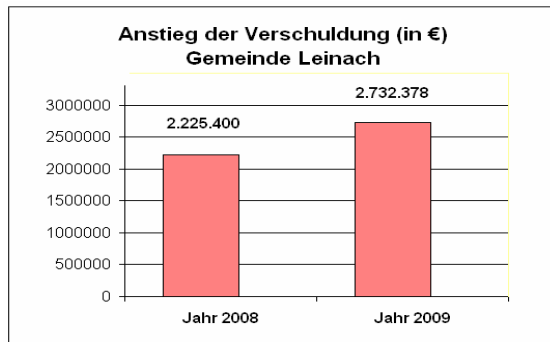
Warum die UBL den Gemeindehaushalt 2009 abgelehnt hat!

Zuerst die wichtigsten Zahlen:

Gesamthaushalt: 5.794 Millionen €

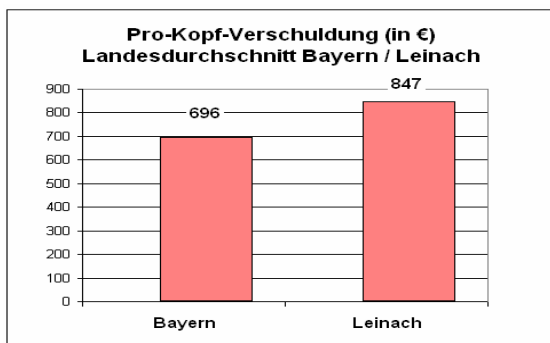
Altverschuldung: 2.254 Millionen €
(bedeutet 696 € pro Einwohner!)

Geplante Neuverschuldung: 610.000 €
(das sind 10% des Gesamtetats, ohne
Gewerbegebiet und Kirchensanierung!)



Gesamtschulden Ende 2009:

lt. Planung: 2.732 Millionen €
(das sind 847 € pro Einwohner - Landes-
durchschnitt = 656 € pro Einwohner)



Die Gemeinderatskollegen mit dem „blauen Logo“ haben kürzlich geäußert, sie könnten nicht verstehen warum die UBL gegen den Haushalt gestimmt haben. Wir haben unsere Gründe den GR-Kollegen/-innen ausführlich in den Diskussionen zum Haushalt im Rahmen der Gemeinderatssitzungen erläutert.

Für eine faire öffentliche Diskussion wollen wir es hier für alle Bürgerinnen u. Bürger tun.

Die bestehende hohe Verschuldung führte, wie erwartet, zu schwierigen Haushaltsberatungen. Dazu kommen notwendige Investitionen, um die Gemeinde nicht herumkommt. Allerdings darf man durchaus geteilter Meinung sein, wo die Schwerpunkte liegen sollten. Man muss kein Prophet sein um festzustellen, dass zukünftig die Zuschüsse von Bund und Land auf keinen Fall steigen, sondern eher fallen werden!

Wir haben folgende Investitionen hinterfragt:

1. Heizungstrennung alter KiGa, ca. 12.000 €

Ohne konkretes Konzept für die mittelfristige Nutzung des Gebäudes blieb und bleibt es fragwürdig, was der Zweck einer solchen Investition sein sollte und ob jetzt der richtige Zeitpunkt hierfür ist.

2. Massive Personalkostenerhöhung um 50.000 € trotz Personalreduzierung.

Es erscheint höchst erstaunlich, dass die Personalkosten 2009 um einen solch erheblichen Betrag steigen sollen, obwohl insgesamt weniger Personal als 2008 zu entlohnen sein wird. Völlig unklar bleibt, worin der zusätzliche, diesem Betrag entspr. Nutzen für die Gemeinde liegen soll. Zu beachten ist auch, dass dieser zusätzliche Betrag keine einmalige Investition darstellt, sondern **jährlich wiederkehrt**.

Von uns angesprochen und zur Diskussion gestellt wurden **große Unwägbarkeiten**, die auf die Gemeinde zukommen **aber nicht** in der o.g. Planungssumme von 610.000 Euro enthalten sind:

1. Sanierung der Julius-Echter Kirche

Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung war der von der Gemeinde zu tragende Anteil an den Sanierungskosten unbekannt. Keinerlei Kosten für diesen für die Dorfsanierung so wichtigen Aspekt sind in der o.g. Planung enthalten!!

Erstaunlich ist, dass erst **nach der Beschlussfassung des Haushaltes** der Bürgermeister über den Sachstand bzgl. Kirchensanierung und die möglichen Belastungen, die auf die Gemeinde zukommen können, informierte.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

2. Ausbau der Infrastruktur für eine geplante Gewerbeansiedlung

Hohe, nicht überschaubare Kosten stehen im Raum, auch diese sind nicht in der o.g. Planung enthalten!

Die Kritik von Seiten der UBL und letztlich die Begründung der **Ablehnung des Haushalts** durch die UBL wurde in der Folge von den Rechnungsprüfern des **Landratsamtes voll und ganz bestätigt**. So wird in deren Bericht verlangt, dass ab dem ersten Euro Neuverschuldung **die Hebesätze für Grundsteuer und Gewerbesteuer an den Landesdurchschnitt angehoben werden müssen** (ergibt in der Summe ca. 30.000 Euro). Dies bedeutet eine weitere Mehrbelastung aller Leinacher Bürger. Erschreckend ist dabei, dass diese Mehrbelastung der Leinacher nicht einmal die zusätzlichen **50.000 Euro für Personalkosten** decken würde!

Muss man sich wirklich über die Finanzkrise wundern?

Aus UBL-Sicht wird hier eine unverantwortliche Finanzpolitik betrieben. Die Verantwortlichen stürzen die Gemeinde – und damit alle BürgerInnen – in eine **Neuverschuldung**, ohne die Auswirkungen auf **zukünftige Belastungen** der BürgerInnen zu beachten. Dies wird zwangsläufig zu einer Unbeweglichkeit (und defacto Nicht-Durchführbarkeit) bei der Realisierung zukünftiger neuer Vorhaben führen.

Die erst aktuell vom Bundestag beschlossene „**Schuldenbremse**“ schreibt vor, dass alle öffentlichen Haushalte bis 2020 ausgeglichen sein müssen.

Wir fragen, wie Leinach diese Vorgabe erfüllen will? Derzeit liegt die Tilgung bei ca. 100.000 Euro jährlich. Entsprechende Zinsen sind hierbei natürlich noch nicht berücksichtigt.

Positiver Rückblick: UBL als Initialzündung! Und sie bewegen sich doch!?

Trotz aller Kritik gibt es aber auch Positives zu vermelden. Die in erster Linie in unseren bisherigen **ZukunftForen** vorgestellten und diskutierten Themen und Vorstellungen erweckten anscheinend auch das Interesse des Bürgermeisters und somit besteht die Hoffnung darauf, dass zumindest ein Teil dieser Ideen schließlich auch in unserer Gemeinde umgesetzt werden können. Zwei Beispiele mögen diese optimistische Einschätzung verdeutlichen.

2. Widerstand gegen die geplante Westumgehung B 26n

Leinach weist schon eine lange Tradition auf im Widerstand gegen eine als **Westumgehung von Würzburg gedachte Autobahn**. Mit der (Wieder-) Aufnahme dieses Projektes in den Bundesverkehrswegeplan im Jahr 2003 gewann das Thema erneut an Brisanz ohne jedoch von der Gemeinde in vollem Umfang erkannt worden zu sein.

Erst nach einer sehr erfolgreichen **UBL Veranstaltung** am 25. April 2008 in der Leinachtalhalle und der vorausgegangenen UBL Frühjahrswanderung entlang der geplanten Autobahntrasse erwachte das Bewusstsein vieler LeinacherInnen. Inklusiv dem des Bürgermeisters. Denn die geplante B 26n ist nicht nur aus regionalwirtschaftlicher Sicht widersinnig, sondern beeinflusst auch über Generationen hinweg ausgesprochen negativ unser Leinachtal. Seitdem hat sich auch der Bürgermeister dem aktiven Widerstand angeschlossen. Möge dieser Widerstand weiter forciert werden u. letztlich zum gewünschten Erfolg führen!

2. Zukunftsthema Nahversorgung - Bürgerbeteiligung nicht erwünscht?!

Basierend auf den Erfahrungen aus den **UBL ZukunftForen**, den Ergebnissen einer von der UBL durchgeführten **Bürgerbefragung** und den von uns recherchierten Informationen, stellte die UBL den Antrag an die Gemeinde, ein Projektteam unter Beteiligung der Bürger zum Thema **Nahversorgung** zu bilden. Ziel der Projektgruppe sollte sein, alle Möglichkeiten einer zukunftssicheren Nahversorgung

auszuloten u. eine Entscheidungsvorlage für den Gemeinderat zu erarbeiten. Dieser **Antrag** wurde aber – mit der Stimme des Bürgermeisters – **abgelehnt**.

Die Sicherung einer in vielen Bereichen des alltäglichen Lebens derzeit nicht gegebenen Nahversorgung in Leinach muss vordringliches Ziel jedes Vertreters der Leinacher Bevölkerung sein – egal aus welcher politischen Ecke er oder sie kommen mag. Dieses Ziel ist nicht bloß mit der alleinigen Eröffnung eines Geschäftes erreicht, sondern kann nur über eine **Gesamtstrategie für die Dorfentwicklung** sinnvoll verfolgt werden. Dies bedarf der Einbindung aller Bürgerinnen und Bürger.

Nachdem die UBL schon vor zwei Jahren Informationen eingeholt und Ideen entwickelt hatte, die als Grundlage für weitere **zukunftsweisende Entscheidungen** dienen könnten, und der Bürgermeister diese Initiativen aber ignoriert bzw. abgelehnt hatte, lud dieser nun kürzlich selbst zu einer Informationsveranstaltung gleicher Art ein.

Dies mag zwar der sprichwörtlichen Wiedererfindung des Rades entsprechen, weckt aber die Hoffnung darauf, dass dieses wichtige Thema nun doch die ihm gebührende Aufmerksamkeit durch alle Gemeindevorteiler erfährt. Dennoch muss die traurige Feststellung getroffen werden, dass wir schon viel weiter sein könnten, hätte der Bürgermeister schon früher die von der UBL gebotene Chance genutzt, sich zu dem Thema zu informieren.

Leider wurde mit dem im Gemeinderat **durchgeboxten Haushalt** keine geeignete Grundlage für die weitere Dorfentwicklung geschaffen. Denn es stellt sich die Frage, ob angesichts der gigantischen Neuverschuldung überhaupt noch genügend Mittel bleiben für neue Initiativen zur Entwicklung und Gestaltung einer Dorfmitte.

**Weitere Infos im Internet:
www.ubl-leinach.de**

UBL – objektiv – kompetent – unabhängig